

# Bericht der Fraktion SP/junge SP aus der September-Session des Kantonsrates



Philipp Heri, Kantonsrat SP Gerlafingen

In einer Zeit, in der die Welt aus den Fugen zu geraten droht und damit verbunden Strom knapp wird, behandelte der Kantonsrat in der September-Session diverse Energie-Vorlagen. So wurde mit Unterstützung der SP/ junge SP beschlossen, dass sich der Kanton verbindlich auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Dekarbonisierung des motorisierten Verkehrs verpflichten soll. Eine knappe Mehrheit des Kantonsrats hat einen Auftrag zur Förderung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge angenommen. «Dies ist der richtige Weg, um den Ölverbrauch zu minimieren. Wir sind überzeugt, dass es Anstrengungen zum Ausbau dieser Infrastruktur braucht, denn das ist ein zentrales Erfolgskriterium für die Elektro-Mobilität», so SP-Sprecher Remo Bill (SP Grenchen).

#### Einführung einer Solar-Risikoversicherung

Neuland betritt der Kanton Solothurn mit der Unterstützung eines Auftrags, der verlangt, dass die Rahmenbedingungen für die Installation von Photovoltaikanlagen investitionsfreundlicher zu gestalten sind, indem eine «Solar-Risikoversicherung» eingeführt wird. Diese soll dem Investor/der Investorin einer Photovoltaikanlage einen langfristig stabilen Rückliefertarif garantieren. Die Fraktion SP/junge SP unterstützte das Anliegen, hätte sich aber eine etwas offenere Formulierung gewünscht.

### **Droht uns eine Strommangellage?**

Schliesslich verlangte SP-Fraktionspräsident Markus Ammann (SP Olten) mit einer dringlichen Interpellation Antworten auf eine drohende Energiemangellage. Die Regierung sieht den Handlungsbedarf vor allem auf Bundesebene und beim Energiesparen, blieb aber bei möglichen verwaltungsinternen Massnahmen leider eher minimalistisch. Dazu Hardy Jäggi (SP Recherswil): «Trotz drohender Strommangellage scheint es die Regierung nicht eilig zu haben, ein neues Energiegesetz auszuarbeiten. Angesichts der bedrohlichen Situation, der noch immer viel zu hohen Abhängigkeit vom Ausland und dem grossen Sanierungsbedarf im Gebäudebereich muss der Regierungsrat schneller und entschlossener handeln.»

### Ein Kompromiss für die Dünnern im Gäu

Die Dünnern zwischen Oensingen und Olten genügt in mehreren Bereichen nicht mehr dem heutigen Standard. Einerseits besteht ein grosses Hochwasserschutzdefizit und andererseits muss das Gewässer dringend ökologisch aufgewertet werden. Dass eine Aufwertung mehr Platz benötigt, ruft die Vertreter der Landwirtschaft aufs Tapet, die möglichst wenig Land abtreten wollen und mit Interpellation und Auftrag versuchen, das Projekt vor allem ökologisch zu minimieren. Ein mit allen Anspruchsgruppen entwickelter Kompromiss gerät dadurch ins Wanken. Die SP/junge SP positioniert sich klar für diesen Kompromiss und damit für die vier geplanten Hotspots, die über den eigentlichen Hochwasserschutz hinausgehen und vor allem der Natur sowie der Naherholung dienen. Silvia Fröhlicher (SP Bellach) fasst ihr Votum zur Interpellation wie folgt zusammen: «Die Schweiz hat bei der Revitalisierung ihrer Gewässer noch einen grossen Nachholbedarf. Wir hinken dem gesetzlichen Auftrag hinterher. Seien wir doch einmal vorbildlich und realisieren hier ein Vorzeigeprojekt. Diese Investition in die Zukunft wird sich lohnen.» Die SP/junge SP bleibt dran.

### BERICHT VOM AUGUST-PARTEITAG IN SOLOTHURN

### Wir ziehen mit 2 Listen in den National



Zu den drei nationalen Vorlagen wurden die Parolen gefasst.

Die Kantonalpartei traf sich am 17. August im Landhaus in Solothurn, um über gewichtige Geschäfte zu beschliessen. Während Simon Bürki unsere Gründe für ein Nein zur Verrechnungssteuer-Abschaffung darlegte, warb die Solothurner Gemeinderätin Angela Petiti erfolgreich für ein Ja zur Massentierhaltungs-Vorlage. Als Gastredner sprach Kantonsrat und FDP-Kantonalpräsident Stefan Nünlist. In der Debatte mit Franziska Roth stellte er sich den kritischen Fragen der Genossinnen und Genossen zur AHV-21-Reform. Ihm gelang ein Achtungserfolg, zwei SP-Delegierte stimmten schlussendlich Ja zur AHV-Reform.

Die SP Schweiz führte anfangs Jahr ein neues Gremium ein: den Parteirat. Dieser ersetzt die bisherige Delegier und die Geschäftsleitung de soll als innerparteiliches Pa tionen, Kantonalparteien u SP Schweiz besser einbinder tretung hat der Parteitag un mit Nadine Vögeli und Har Gremium entsandt.

Kernpunkt und Knackn ges war aber die Frage, mit die SP Kanton Solothurn 2 ratswahlen 2023 antreten s Hardy Jäggi präsentierte de schäftsleitung, mit einer ein tig besetzten Liste anzutrete sion wurde aber klar, dass e Delegierten genug Potenzia



Tolle, engagierte Menschen und den Mandatsausweis - mehr braucht man nicht für einen Parteitag.



Wohl bekomms!



Gast war Stefan Nünlist, Kantonsrat und Präsident der FDP Kanton Solothurn.



Angela Petiti, Co-Fraktionschefin der SP Stadt Solothurn, warb für ein Ja zur Massentierhaltungsinitiative – mit Erfolg.

Par Ste

Sol

# rats-Wahlkampf

tenversammlung er SP Schweiz. Er rlament die Seknd Gremien der n. Als unsere Verser Co-Präsidium dy Jäggi in dieses

uss des Parteitawie vielen Listen u den Nationaloll. Co-Präsident n Antrag der Gezigen, hochkaräen. In der Diskusine Mehrheit der l in der SP sieht, um mit zwei Listen zu den Wahlen anzutreten. Ein spezifisches Anliegen jener, die dafür vortierten, war es, dass damit jüngere Kräfte gezielt aufgebaut und gefördert werden.

Fotocredit: Bilderwerft.ch/Michel Lüthi Diese und noch viel mehr Bilder vom Parteitag findet ihr auf unserer Homepage oder hier:





er Co-Präsidium – Hardy und Nadine – vertritt die SP Kanton othurn im neuen Parteirat der SP Schweiz.



n ersten Mal waren die SP-Gemeindepräsident:innen direkt zum teitag eingeladen, so auch der Biberister Gemeindepräsident fan Hug-Portmann.

## **Interview mit** dem neuen GL-Mitglied



Farah Rumy ist Kantonsrätin aus Grenchen, Co-Präsidentin der SP Migrant:innen Kanton Solothurn und Vorstandsmitglied des SBK Aargau-Solothurn.

Der Parteitag hat Farah Rumy, Kantonsrätin aus Grenchen, neu als Vertreterin der SP Migrant:innen Kanton Solothurn in die Geschäftsleitung gewählt.

Liebe Farah, herzlich willkommen in der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn. Wann bist du der SP beigetreten und wie ist es dazu gekommen?

Ich bin seit 2020 SP-Mitglied. Ich war schon immer politisch interessiert, hatte aber lange nicht den Mut, mich selbst politisch zu engagieren. Es gab verschiedene Themen, die mich beschäftigt haben, aber der auslösende Faktor waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Als Fachexpertin Pflege setzte ich mich nach dem Studium schon früh berufspolitisch ein und kannte die Problematiken im Gesundheitswesen. Die Pandemie verschärfte die bereits problematische Situation in den Gesundheitseinrichtungen noch mehr, sodass ich mich entschieden habe, in einer Partei selbst politisch aktiv zu werden und mich mit viel Energie und einem starken Willen dafür einzusetzen, dass u.a. die Pflegeinitiative angenommen

### Was motiviert dich, dich in der SP zu engagieren?

Die SP ist die Partei, die meine wichtigsten Anliegen am besten vertritt - von sozialer Gleichheit bis zur Umweltpolitik. Die SP setzt sich ein für die Gleichheit der Rechte und Chancen für die Teilhabe aller an politischen und wirtschaftlichen Prozessen sowie am gesellschaftlichen

und kulturellen Leben. Die Vielfalt der Menschen wird akzeptiert und in die Gesellschaft integriert. Vor allem aber, weil die SP den Menschen eine Stimme gibt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

### Gibt es ein Thema, dass dir besonders am Herzen liegt, und wieso?

Meine politischen Schwerpunkte sind Gleichstellungsthemen, ein bezahlbares und nachhaltiges Gesundheitswesen, Arbeitnehmer:innenrechte, Migrationspolitik sowie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Fast täglich bin ich aufgrund meiner Tätigkeit im Gesundheitswesen, aber auch als SBK-Vorstandsmitglied (Schweizer Berufsverband für Pflegepersonal) mit vielen dieser Themen konfrontiert.

### Was ist dein persönliches Ziel als Geschäftsleitungsmitglied?

Als Vertreterinder SP-Migrant:innen ist es primär mein Ziel, dem ausländischen Anteil der Bevölkerung eine Stimme zu geben. In meiner Rolle als junge linke Politikerin sehe ich aber auch die Chance, unterschiedliche Anliegen und Sichtweisen innerhalb der Partei zu vereinen, um mit möglichst allen Beteiligten eine gute und progressive Zusammenarbeit anzustreben. Mein Hauptziel ist es aber meinen Beitrag zu leisten, die SP dynamischer, moderner und erfolgreicher mitzugestalten.

### **AGENDA**

23. September – 2. Oktober SP-Stand an der HESO

Donnerstag, 20. Oktober **Kantonaler Parteitag** in Gerlafingen

Freitag, 21. Oktober Willi-Ritschard-Bildungswerkstatt in Olten

Samstag, 29. Oktober Willi-Ritschard-Bildungswerkstatt in Olten

Dienstag, 8. November Behörden-Apéro der Kantonsratsfraktion

Dienstag, 15. November Alt-Kantonsratsausflug

Mittwoch, 23. November Sektionspräsidien-Treffen **SP Bezirk Wasseramt** 

Donnerstag, 8. Dezember Aktuell aus Bern in Starrkirch-Wil





#### Milizparlament und Mutterseinunvereinbar?

Frauen tragen in unserem Land seit Jahrzehnten eine Doppelbelastung: Sie kümmern sich um Kinder und Haushalt, während sie zunehmend auch berufliche Positionen wahrnehmen. Das ist zunächst einmal eine positive Entwicklung. Sie erhalten die Möglichkeit, Karriere zu machen, ohne ihre Familie zurückstellen zu müssen.

Doch eine solche Doppelrolle bedarf vieler Opfer. Denn diese Frauen sorgen nicht nur für das Wohl der nächsten Generation, sondern tragen fundamental zu Gesellschaft. Wirtschaft und sozialer Gestaltung bei. Das ist ein Dienst, den man kaum genug würdigen kann. Warum, frage ich mich, stellen wir ihnen dann noch zusätzliche Hindernisse in den Weg?

Parlamentarierinnen, die während ihres Mutterschaftsurlaubs Parlamentstätigkeiten weiterhin ausüben, müssen damit rechnen, ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung zu verlieren.

Diese Regelung ist unvereinbar mit unserem modernen Milizsystem. Es kann und darf nicht sein, dass junge Mütter von der Wahrnehmung ihres Volksauftrags abgehalten werden.

Repräsentation der Bevölkerung ist kein Dienst, der aus finanziellem Interesse geleistet wird. Doch nur weil der Beitrag, den diese Frauen an die Demokratie leisten, die eigentliche Herzensangelegenheit ist, heisst das nicht, dass sie dafür die ihnen zustehenden monetären Leistungen einbüssen sollen.

Der Mutterschutz und die Mutterschaftsentschädigung sind wichtige Errungenschaften, denen es Sorge zu tragen gilt. Denn sie wurden aus guten Gründen eingeführt. Nicht, weil der Staat zu viel Geld übrig hatte. Und nicht, weil man anderen Ländern gegenüber etwas beweisen wollte. Sondern weil sie gebraucht wurden. Weil der Bund erkannt hat, dass junge, erwerbstätige Mütter zusätzliche Unterstützung benötigen. Weil der Bund erkannt hat, dass sie die Unterstützung verdienen, unabhängig von ihrer sonstigen Rolle in der Gesell-

### MEIN STAND-

schaft. Es ist unsere Entscheidung, ob wir weiterhin für die Rechte der Mütter eintreten oder ihre Interessen, wie so oft, aus den Augen verlieren. Wenn junge Mütter weiterhin dazu bewogen werden, ihr Mandat ruhen zu lassen, verschiebt sich immer auch das Kräfteverhältnis im Rat. Und schon heute kämpfen wir mit einer ungleichen und nicht repräsentativen Aufteilung der Geschlechter.

Wenn wir arbeitenden Müttern im Staatsdienst also schon keine zusätzlichen Entlastungen zukommen lassen, so ist das Mindeste, was wir tun können, ihnen die bestehenden zu gewährleisten.

Farah Rumy ist Kantonsrätin aus Grenchen und das neuste Mitglied in der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn